

STAATSZERFALL, PARASTAATLICHKEIT & BANDENKRIEGE

Forschungsseminar (695.724):

Teilarbeit:

KRIMINELLE AKTEURE:
WAFFENHANDEL

o.-Univ. Prof. Dr. Hannelore Eva KREISKY
Institut für Politikwissenschaft

Wintersemester 2003/04

Irene LÖWY
(72 02 860)
Peter SCHÖRG
(99 01 482)

Gabriele SCHARF-KREMSER
(84 08 852)
Rudolf SPARER
(97 01 012)

Wien, 25. November 2003

WARUM KAUFTE JEMAND WAFFEN?	4
INTERNATIONALER WAFFENHANDEL	6
Rüstungstransfers	6
SIPRI.....	6
ACDA	6
UN-Waffenregister	7
Waffenhandel	8
BICC: (Bonn International Center for Conversion) Internationales Konversionszentrum Bonn.....	9
Rüstungsproduktion.....	10
ILLEGALER WAFFENHANDEL.....	11
Konventionelle Waffen	11
Nuklearkriminalität.....	11
Proliferation	12
Atomwaffensperrvertrag	12
FALLBEISPIEL „AFGHANISTAN'S GEWALTÖKONOMIEN“	14

WARUM KAUFT JEMAND WAFFEN?

Schon Immanuel Kant schrieb in seinem philosophischen Entwurf „Zum ewigen Frieden“ „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden;...“ (vgl. Immanuel Kant „Zum ewigen Frieden“

Erster Abschnitt: 3. Präliminarartikel.) was Kant hier noch nicht geschrieben hat, einem stehenden Heer aber immanent ist, ist die Tatsache, dass ein Heer, um überhaupt ein Heer zu sein, Waffen braucht und dies somit in letzter Konsequenz zum Waffenhandel führt, spätestens am Ende des 3. Präliminarartikel. aber, sieht auch Kant diese Tatsache nämlich dann wenn er davon spricht dass: „...die Geldmacht,wohl das zuverlässigste Kriegswerkzeug sein dürfte.“

Gegen Ende unseres letzten Referates haben wir festgestellt, dass nun offensichtlich wieder die Zeit gekommen ist, in der die Politik durch den Krieg abgelöst wird, diese Feststellung oder anders gesagt dieses Resümee über die momentanen Zustände haben mich/ uns zu der Frage gebracht:

Warum kauft/ verkauft jemand Waffen?

Erstens um seine eigenen sicherheitspolitischen Interessen abzudecken, wie z. B. das von Kant erwähnte stehende Heer, und zweitens um in einer Zeit in der Friedensdiplomatie nicht mehr gefragt ist, auch mitbomben zu können, denn wer nicht bomben oder zumindest Soldaten (und die brauchen nun mal Waffen) irgendwohin, egal in welchem Auftrag, stellen kann, hat nichts mehr zu reden in der Int. Politik (vgl. Robert Kogler; Militärstrategie 2000 in: Context XXI; Nr. 2/2000) was schlussendlich bedeutet, auf die weltpolitische Ersatzbank verbannt zu werden. Wie der Platz auf der weltpolitischen Ersatzbank verhindert werden kann beschreibt Winfried Wolf in seinem Buch „Bombengeschäfte- Die politische Ökonomie des Kosovokrieges“ wie folgt: „ Für die politischen Interessen, die zum Krieg führten, ist es nicht gleichgültig, wo der Krieg stattfindet. Für das europäische Interesse, eine gemeinsame Militärmacht mit Interventionsbefähigung zu entwickeln und die nötige Akzeptanz bei der Bevölkerung zuschaffen, war ein europäischer Kriegsschauplatz sicher notwendig.“ (vgl. Winfried Wolf, zitiert nach Context XXI; Nr. 1/ 2000) Der Kern liegt hier im europäischen Interesse und um dieses real werden zu lassen, muss Krieg geführt werden und um Krieg führen zu können, braucht es eben Waffen.

Eventuell aber auch um Staaten oder Kriegsparteien zu stützen, indem an die kriegsführende Partei Waffen verkauft werden, von der gewollt wird, dass sie gewinnt und nicht an die andere und selbst wenn ein Staat einen anderen um ihn zu unterstützen die Waffen schenkt oder zum Selbstkostenpreis weitergibt, Waffenhandel ist es allemal, denn erstens müssen die Waffen ja von

irgendjemanden gekauft werden und wenn es die staatseigenen Rüstungsbetriebe (auf jeden Fall sind Arbeitsplätze im Spiel) sind, und zweitens ist es Handel mit Interessen, wenn ich einer Partei Waffen schenke damit sie gewinnt und nicht die andere, die Bezahlung muss nicht unbedingt in Geldform geschehen sondern kann sich auch in Loyalität ausdrücken, Loyalität demjenigen gegenüber der mich unterstützt hat.

Hier findet sich der Zusammenhang zwischen der Teilnahme souveräner Staaten am Gewaltmarkt und der Thematik des Waffenhandels, und zwar insofern als das der Handel mit Waffen auf jeden Fall eine Teilnahme an Gewaltmärkten darstellt, egal welche Äquivalentform zur Bezahlung der Waffen verwendet wird, wenn also souveräne Staaten in ihrem Interesse Waffen weitergeben an kriegsführende Staaten, um damit für sich selbst Vorteile herauszuschlagen, so nehmen sie A an Gewaltmärkten teil und B am internationalen Waffenhandel.

INTERNATIONALER WAFFENHANDEL

In den Jahren 1994 bis 2001 wurden weltweit Waffen für über 300 Milliarden Dollar exportiert. Mehr als zwei Drittel dieses grenzüberschreitenden Waffenhandels gingen in Entwicklungsländer. Insgesamt kauften die Entwicklungsländer in diesen acht Jahren Waffen für rund 209 Milliarden Dollar im Ausland.

Der mit Abstand wichtigste Lieferant ist die USA, gefolgt von Großbritannien und Frankreich. Allein diese drei Länder zeichnen für etwa 70 Prozent aller Waffenexporte der letzten Jahre verantwortlich. Dagegen fallen die russischen Waffenverkäufe mit weniger als neun und die deutschen Waffenexporte mit gut vier Prozent Weltmarktanteil deutlich ab. China spielt mit etwa 2 Prozent Anteil nur eine geringe Rolle.

Rüstungstransfers

Zwei Institutionen berichten regelmäßig über den weltweiten Transfer konventioneller Waffen. Das ist das SIPRI, das Stockholmer Friedensinstitut und die amerikanische Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA.

SIPRI

Das SIPRI erfasst sechs Kategorien konventioneller Großwaffensysteme:

- Flugzeuge und Hubschrauber
- Panzer
- gepanzerte Fahrzeuge und Artilleriegeschütze
- Kriegsschiffe
- Raketen
- Radar- und Leitsysteme

Die SIPRI Statistiken beruhen auf einer eigenen Berechnungsmethode. Diese Methode orientiert sich an den eigentlichen Produktionskosten der Waffen und nicht an den tatsächlich gezahlten Preisen für den jeweiligen Rüstungstransfer.

Die SIPRI Daten sind ein Trendindikator. Sie sind keine Finanzstatistik des Waffenhandels.

ACDA

Die amerikanische Rüstungskontrollbehörde war früher eine eigenständige Behörde und ist jetzt voll in das US-Außenministerium integriert.

Die ACDA berücksichtigt folgende Kategorien:

- alle konventionellen Waffen
- Teile von Waffen
- Munition
- logistische Geräte
- andere Güter für militärische Zwecke (außer Nahrungsmittel, medizinische Geräte und Treibstoff).

Daher liegen in der Regel die ACDA-Daten deutlich über den von SIPRI publizierten Werten.

UN-Waffenregister

Das UN-Waffenregister, beschlossen durch Resolution 46/36 L vom 6. Dezember 1991, sammelt seit 1992 Informationen über Ein- und Ausfuhren konventioneller Waffen, die die Mitgliedsstaaten zum 31. Mai eines jeden Jahres für das vorangegangene Kalenderjahr zur Verfügung stellen. Ziel des Registers ist eine verstärkte Vertrauensbildung durch mehr Transparenz im konventionellen Rüstungsbereich.

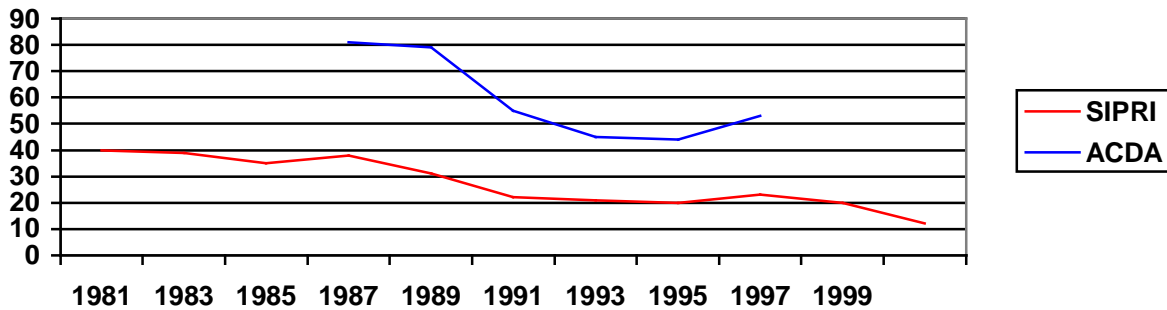
Ein- und Ausfuhren folgender Waffenkategorien sind zu melden:

- Kampfpanzer,
- gepanzerte Kampffahrzeuge,
- großkalibrige Artilleriesysteme,
- Kampfflugzeuge,
- Angriffshubschrauber
- Kriegsschiffe sowie
- Raketen und Raketenstartsysteme.

Die Staaten sind darüber hinaus aufgerufen, dem Register freiwillig Daten über nationale Waffenbestände und über Beschaffung aus nationaler Produktion in diesen sieben Kategorien sowie Informationen über ihre politischen Leitlinien, rechtlichen Bestimmungen und Verwaltungsabläufe für die Ein- und Ausfuhr von Waffen zu übermitteln.

Bis Ende 2002 hatten 126 Staaten Meldungen für das Jahr 2001 abgegeben.

Internationale Transfers konventioneller Waffen (in Mrd. US\$)

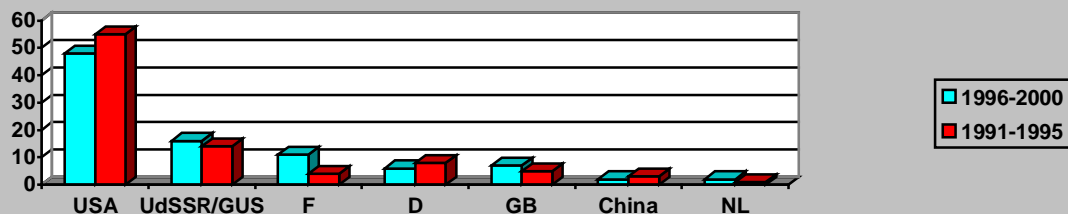


Quelle: SIPRI

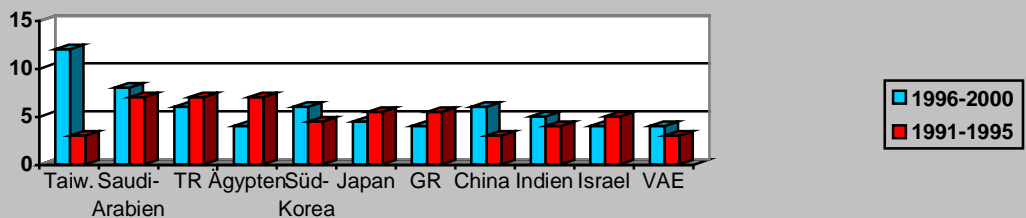
Waffenhandel

Der Waffenhandel erreichte mit dem Ende des Kalten Krieges seinen Höhepunkt. Der Waffenhandel ist nach Angaben von SIPRI seit 1987 von rund 37 Milliarden US-Dollar (nur für schweres Gerät) bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich auf knapp über 20 Milliarden US-Dollar gefallen. Nach der Statistik der ACDA war der Einbruch im Waffentransfer noch deutlicher.

Die größten Exporteure von Großwaffen 1996-2000 (in Mrd. US\$, Preise von 1990)



Die größten Importeure von Großwaffen 1996-2000 (in Mrd. US\$, Preise von 1990)



Quelle: SIPRI

Seit Mitte der 1990er Jahre ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen.

Nach wie vor wird der Waffenhandel von wenigen großen Lieferländern dominiert. Alleine vier Fünftel des gesamten Waffenhandels fallen auf die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (China, Frankreich, die Russische Föderation, das Großbritannien und die USA).

Bemerkenswert sind vor allem das enorme Übergewicht der USA und die Tatsache, dass Russland zunächst im Vergleich zur früheren Sowjetunion eine wesentlich weniger bedeutsame Rolle spielt.

Seit Mitte der 1950er Jahre gehörte die Sowjetunion zu den Hauptrüstungsexporteurern. Sie lieferte vor allem Waffen in großem Stil an befreundete Länder in der Dritten Welt. Während der 1980er Jahre war die UdSSR – noch vor den USA – der größte Waffenlieferant der Welt.

Die knappen finanziellen Mittel in den Importländern waren in den 1990er Jahren der Hauptgrund für den Rückgang des Waffenhandels und die Verschiebungen innerhalb der Gruppe der größten Lieferanten und Empfängerländer.

Heute spielen etwa die Länder Lateinamerikas und Afrikas als Waffenkäufer eine völlig untergeordnete Rolle. Auch die osteuropäischen Länder zählen – trotz ihrer Bemühungen an den NATO-Rüstungsstandard heranzukommen – aufgrund begrenzter finanzieller Mittel nicht mehr zu den Hauptimporteuren. Heute dominieren vor allem ostasiatische Länder und der Nahe Osten den Weltrüstungsimport.

BICC: (Bonn International Center for Conversion) Internationales Konversionszentrum Bonn

Konversion: Umstellung des Produktionsprogramms eines Unternehmens auf andere Güter, vor allem von militärischen auf zivile Güter (Rüstungskonversion).

Weltweit dürften die Militärausgaben 2002 ein Niveau von ca. 900 Milliarden US-Dollar erreicht haben. Im Jahr davor lagen die Ausgaben bei 870 Milliarden US-Dollar. Der Aufbau neuer militärischer Kapazitäten ist allerdings auf relativ wenige Staaten konzentriert.

Die Verteidigungsausgaben der USA wuchsen 2002 um fast 13 Prozent. Womit sie fast 40 Prozent der weltweiten Militärausgaben tätigten.

Die Anteile Russlands und Chinas liegen mit globalen gesehen bei ca. 30 Prozent. Somit liegend sie weit hinter denen der USA, obwohl auch die Ausgaben für die Streitkräfte dieser Länder im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen sind.

In Europa, das 2001 einen Anteil von ca. 29 Prozent an den weltweiten Militärausgaben hatte, ist das Bild uneinheitlich.

- Großbritannien und Frankreich kündigten eine Steigerung ihres Verteidigungshaushalts an.
- Deutschland behielt das vorherige Ausgabenniveau bei.
- Die meisten anderen Länder in Europa sind dem Trend zur Erhöhung der Militärausgaben aufgrund von Haushaltsengpässen nicht gefolgt.

Bei den Investitionen für militärische Forschung und Entwicklung haben die USA einen Anteil von etwa zwei Dritteln am Weltmarkt. Hier zeigt sich die Dominanz noch weit deutlicher.

Rüstungsproduktion

Weltweit waren im Jahr 2001 sieben Millionen Menschen in der **Rüstungsproduktion** beschäftigt. Das bedeutete gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 2,5 Prozent. Der Grund dafür lag hauptsächlich in der Reduktion der chinesischen Waffenproduktion.

In den USA hingegen wuchs im selben Zeitraum die Rüstungsproduktion auf 2,3 Millionen Beschäftigte an, was einer Zuwachsrate um 3 Prozent gleichkommt.

2001 hatten 42 der führenden hundert Rüstungsunternehmen ihren Sitz in den USA. Ihr kumulierter Gesamtumsatz belief sich auf etwa 58 Prozent des Umsatzes der hundert führenden Unternehmen.

Rückläufig ist auch die Zahl der **schweren Waffen**. 2001 belief sie sich Schätzungen zufolge auf etwa 408.000. Die Streitkräfte ersetzen ältere Waffen durch eine geringere Zahl von neuen, technologisch fortgeschritteneren Waffen.

- Bei gleichgewichtiger Berücksichtigung von Militärausgaben, Beschäftigung in der Rüstungsproduktion, Anzahl der Soldaten und Zahl der schweren Waffen liegt der Anteil der USA an den weltweiten Waffenbeständen bei 22 Prozent.
- Nach den USA folgen China mit 15 und
- Russland mit 7 Prozent.

ILLEGALER WAFFENHANDEL

Konventionelle Waffen

Die Zahlen sprechen für sich: die Waffenproduktionsindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor auf nationaler und internationaler Ebene. Die UNO schätzt, dass 2002 600 Millionen leichte und kleine Waffen weltweit im Unlauf waren, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von ca. 20 % bedeutet.

Um die unkontrollierte Verbreitung konventioneller Waffen zu verhindern, bestehen auf nationaler wie internationaler Ebene Gesetze oder Sanktionen, wie die US Sicherheitsresolution 1407.

In Österreich ist der Handel (impliziert Ein- und Durchfuhrbestimmungen), Besitz und das Führen von Waffen und Schieß- und Sprengmittel im Waffengesetz und Schieß- und Sprengmittelgesetz geregelt. In den jeweiligen Gesetzestexten sind exakte Definitionen und Bestimmungen bezüglich der diversen Arten von Waffen, Schieß- und Sprengmittel angeführt.

Verboten ist beispielsweise der Handel, Besitz und Führen jeglichen Kriegsmaterials (Ausnahmen), weiters zerlegbare Waffen (außer Jagdwaffen), Schalldämpfer, sog Pumpguns usw. Auch in Ö werden jährlich beachtliche Mengen an verbotenen Waffen bzw. Kriegsmaterialien beschlagnahmt, wobei die Palette von Faustfeuerwaffen bis zu Panzerabwehrrohren reicht.

Der illegale Waffenhandel spielt sich größtenteils im „Rahmen“ der organisierten Kriminalität ab, wobei Österreich als Waffentransitland hauptsächlich von und nach Südosteuropa (Stichwort ehemaliges Jugoslawien) gilt.

Nuklearkriminalität

Unter **Nuklearriminalität** sind illegale Aktivitäten mit nuklearen oder radioaktiven Materialien zu verstehen. Diese können unter anderem zur Verkürzung des Produktionsablaufes für atomare Massenvernichtungswaffen führen „schmutzige Bombe“, wobei die Statistik der IAEA für 2002 weltweit eine rückläufige Zahl von beschlagnahmten nuklearen Substanzen ausweist.

Proliferation

Proliferation – Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte und das erforderliche Know how sowie Waffenträgersysteme.

Ein spezielles Problem stellen die Dual-use-Güter dar, die sowohl in zivilen wie militärischen Bereichen einsetzbar sind.

Vor allem Staaten wie Libyen, Iran, Irak oder auch Nordkorea („Achse des Bösen“) und Syrien versuchen die legal für sie unerreichbaren Produkte auf illegalen Wegen zu erwerben, um in erster Linie geopolitische und wirtschaftliche Interessen durch Bedrohungsszenarien durchzusetzen.

In Österreich ist seit dem Jahr 2000 ein Präventionsprogramm im Einsatz, das Proliferation im Rahmen der österreichischen involvierten Firmen frühzeitig erkennen kann. Der Atomwaffensperrvertrag von 1968 (Ratifizierung 1970) regelt ist ein völkerrechtlicher Vertrag und regelt die Nichtverbreitung (Nonproliferation) von Atomwaffen.

Atomwaffensperrvertrag

Atomwaffensperrvertrag (englisch *Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT*), völkerrechtlicher Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag wurde von den Atommächten USA, Sowjetunion und

Großbritannien 1968 unterzeichnet und trat 1970 nach seiner Ratifizierung durch die drei Erstunterzeichner sowie 40 weitere Unterzeichnerstaaten in Kraft.

Der Atomwaffensperrvertrag verbietet es seinen Unterzeichnern, so sie im Besitz von Kernwaffen sind, diese bzw. die zu ihrer Herstellung nötigen Materialien und Rohstoffe weiterzuverbreiten. Den Ländern ohne Kernwaffenbesitz untersagt er deren Entwicklung und Herstellung. Der Vertrag war zunächst auf 25 Jahre befristet, 1995 aber wurde er auf unbegrenzte Zeit verlängert. Dem Vertrag gehören unterdessen insgesamt 178 Staaten an; die neben den USA, der Sowjetunion bzw. Russland und Großbritannien weiteren zwei „offiziellen“ Atommächte Frankreich und China traten erst 1992 bei. Den Vertrag nicht unterzeichnet haben Indien, Pakistan, Israel und Kuba – Länder also, die über Kernwaffen verfügen, oder von denen vermutet wird, dass sie zumindest die Technologie für ihren Bau besitzen.

Die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages wird von der Internationalen Atomenergie-Behörde überwacht, und alle fünf Jahre findet eine Überprüfungskonferenz statt. Gravierende Verstöße gegen den Vertrag konnten dabei bisher nicht festgestellt werden. Allerdings ist durch die friedliche Nutzung der Kernenergie eine Grauzone entstanden, in deren Schutz auch atomwaffenfreie Länder in den Besitz von wesentlichen Teilen der Kernwaffentechnologie gelangen könnten, ohne ausdrücklich gegen den Vertrag zu verstoßen.

Auf der 6. Überprüfungskonferenz im April/Mai 2000 sagten die fünf „offiziellen“ Atommächte (zugleich die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates) USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien verbindlich ihre Bereitschaft zur vollständigen Abrüstung ihrer Atomwaffenpotentiale zu, allerdings ohne sich auf einen zeitlichen Rahmen festzulegen, verpflichteten sich aber, bis 2005 erste Schritte zur Abrüstung einzuleiten.

FALLBEISPIEL „AFGHANISTAN'S GEWALTÖKONOMIEN“

Dem Themenkomplex „Waffenhandel“ möchte ich mich mit der Darstellung eines konkreten Fallbeispiels, der analytischen Betrachtung des Staates Afghanistan, nähern:

Afghanistan ist schon allein deshalb politikwissenschaftlich interessant, weil es eine ganze Reihe von Zugängen gibt, die den Blick auf Gewaltmärkte und die damit verbundenen Gewaltökonomien lokaler, territorialer, ethnologischer, religiöse motivierter und instrumentalisierter Gruppierungen eröffnet, die teils eigenen Interessen folgen bzw. folgten und andererseits zum Spielball internationaler Konzernpolitik und interventionistischer hegemonialer Staaten vor dem Hintergrund des kalten Krieges wurden.

Waffen haben in der historischen Entwicklung Afghanistans schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Sei es durch Durchsetzung von Machtansprüchen ethnischer Gruppen, revolutionären Umstürzen oder im Zuge militärischer Konflikte mit ausländischen Staaten.

Im jahrhundertelangen Machtspiel zwischen Persern, Mongolen, Briten, Sowjets und erschwerend durch die Inhomogenität der afghanischen Gesellschaft in einer ethischen, kulturellen und religiösen Mischung aus Sunniten, Schiiten geteilt in zahlreiche Stämme waren Waffen stets das dominierende Instrument zur Durchsetzung von Macht.

An Hand einer Zeittafel möchte ich die entscheidenden historischen Ereignisse als äußeren Rahmen nachzeichnen und im Anschluss das besondere Augenmerk auf den Handel mit Waffen lenken.

1933 bis 1973 Regierung König Zahir Schah

1973 „April-Revolution“ - blutiger Militärputsch durch seinen Schwager Sardar Mohammed Daud, der den abgesetzten König nach Rom ins Exil schickt und die Republik ausruft, jedoch an der feudalistischen Herrschaftsstruktur und an der tonangebenden Macht der Stammesführer nichts ändern kann

1975 Flucht der Führer einer entstandenen islamisch-fundamentalistischen Bewegung, die später die Führung der Mudschaheddin (Gotteskrieger für den Dschihad oder heiligen Krieg) übernehmen

1956 bis 1978 Auf Grund der bereits seit der Monarchie bestehenden guten Beziehungen Afghanistans zur Sowjetunion wandte sich Daud an diese um finanzielle Unterstützung zur Modernisierung der staatlichen Strukturen und erhielt in diesem Zeitraum 1,25 Millionen USD Militärhilfe.

Zeitgleich wurde Afghanistan seitens der USA mit 355 Millionen USD unterstützt, ehe diese das Interesse verlor.

Die sowjetische Unterstützung bestand auch in der Ausbildung vieler jüngerer Intellektueller und Berufssoldaten, die letztlich in Erkenntnis der Rückständigkeit ihres Landes 1965 die „Demokratische Volkspartei“ gründeten und mit Hilfe radikalierter Soldaten und Angehöriger des Staatsapparates 1978 mit einem Putsch die Macht übernahmen.

Doch Versäumnisse zur Festigung und Akzeptanz einer Reformpolitik vor allem in den ländlichen Gebieten, die nach wie vor unter dem Einfluss der Mullahs standen, führten schließlich zur unterstützenden Intervention durch die Sowjetunion, die 1979 mit Truppen einmarschierte, um mögliche destabilisierende Entwicklungen in den angrenzenden Turkmenistan, Usbekistan,

Tadschikistan und Kirgesien (rund 50 Millionen Sowjetbürger moslemischen Glaubens) hintan zuhalten. Sorge um eine innenpolitische Destabilisierung, nicht aggressive Außenpolitik, wie seitens den USA und Großbritannien ein gedeutetes neues „kommunistisches Feindbild“, waren die Beweggründe Moskaus.

Dennoch betrieb die USA Seite an Seite mit Saudiarabien und dem pakistanischen Militärregime eine Politik gegen das herrschende Regime in Kabul und unterstützte den afghanischen Widerstand ohne Rücksicht auf Verluste mit dem Ergebnis des afghanischen Bürgerkrieges. Die Taliban, Al Qaeda, Osama Bin Laden und die Mudschaheddin stellen allesamt Produkte eines westlich finanzierten Feldzuges gegen die Rote Armee dar.

1995 Auftreten der Taliban als nationale Befreiungsfront mit dem Ziel der Schaffung des ersten „reinen“ Gottesstaates und der Säuberung von den korrupten Mudschaheddin – Kriegern und Bekämpfung und Vertreibung der Ungläubigen vom heiligen Boden des Islam

Waffen im großen Stil:

Waffenlieferant Sowjetunion - Russland

1979 - Bereits vor der offiziellen Bitte um sowjetische Unterstützung lieferte die Sowjetunion verstärkt Militärmaterial, vor allem Kampfhubschrauber und Flugzeuge an die Revolutionspartei PDPA zur Absicherung deren Machtansprüche.

2002 – Afghanistans Verteidigungsminister Mohammed Kasem Fachim trachtet die seinerzeitig gepflegte militärisch-technische Zusammenarbeit nunmehr mit Russland wieder aufzunehmen. Bereits 2001 war die Nordallianz mit 30-40 Millionen USD Waffen und Technik unterstützt worden. Geliefert werden sollen vor allem ausrangiertes Kriegsgerät der 70-er Jahre, für Afghanistan noch immer sehr effizient, wie etwa Panzer, Schützenpanzer, Raketenwerfer, Helikopter und modernisierte

MIG-21 Jagdflugzeuge. Bezahlt werden soll alles von westlichem Geld, zugesagt von den USA. Nachdem gerechnet wird, dass die Rivalität zwischen den afghanischen Stämmen anhält, wird es weiterhin Krieg – und damit gesicherten Absatz für russische Waffen geben – schlussfolgert die *Zeit – Fragen Nr.:9 vom 25.2.2002*

Taktiker und Initiator des Stellvertreterkrieges auf afghanischem Territorium:

1979 – die USA begannen islamische Rebellen in Pakistan zu bewaffnen und die Mudschaheddin wurden von westlichen Medien zu Freiheitskämpfern stilisiert. Die Rechnung der USA war sehr zur Genugtuung der US-amerikanischen Rüstungsindustrie aufgegangen.

Jeder der die sowjetischen Invasoren bekämpfte war der „Gute“ also auch die Mudschaheddin und Osama Bin Laden, selbst wenn diese nachgewiesenermaßen im Namen des Islam Gräueltaten vollbrachten und wurden in der westlichen Presse als Freiheitskämpfer bezeichnet.

1984 – geheimer Besuch des CIA Direktors William Casey in Pakistan und dessen Beobachtungen wie der CIA die Mudschaheddin im Umgang mit schweren Waffen und der Herstellung von Bomben aus durch den CIA geliefertem Explosionsmaterial, unterrichtet wurden.

1985 – neben antisowjetischer Propaganda lieferte der CIA in diesem Zeitraum nach der National Decision Directive No.: 166 Unmengen an Kriegsmaterial und steuerte logistische Unterstützung bei. Die Rede ist von bis zu 45 Milliarden USD Gesamtmittel.

1986 – die Mudschaheddin wurden mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes Interservices Intelligence (ISI) mit den neuesten Waffen – darunter Stinger Antiaircraft Missiles ausgerüstet – CIA finanzierte – ISI leitete die militärischen Aktionen. Saudiarabien beteiligte sich an der Finanzierung, während China direkt Waffen an den CIA verkaufte.

1990 – schmälicher Abzug der Sowjetunion aber weitergehender erbitterter Kampf afghanischer Stammesfürsten und Mudschaheddin – Gruppierungen, was nicht im Sinne der USA stand.

Deshalb nicht, weil handfeste ökonomische Interessen, wie der Bau einer Erdölpipeline vom Kaspischen Meer durch Afghanistan nach Pakistan rund um US-amerikanische Erdölkonzernpolitik keine Kleinigkeit sind. Geschätzte Erdölreserven von drei Milliarden Barrel und gewaltige Erdgasvorkommen wollen sicher transportiert werden.

1995 – mit Hilfe des ISI werden die Taliban „ins Leben „ gerufen, um endlich das Land zu befrieden, nachdem die Mudschaheddin als mehr auf ihr persönliches Wohl als auf das des Landes blickende Krieger entlarvt worden waren. Wieder hat der CIA mit verdeckten Aktionen seine Hände im Spiel, rüstet die Taliban wie seinerzeit die Mudschaheddin – Krieger mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen aus und sieht über die Tatsache hinweg, dass die Taliban nun selbst mit dem Anbau von Mohnfeldern und Heroinlabors ihre Waffenkäufe und Aktionen finanzierte. Waffen, die helfen sollten ein stabiles Regime zu erhalten, damit die USA ungefährdet diverse Pipelineprojekte vorantreiben konnte und Afghanistan wieder als Pufferstaat gegenüber der ehemaligen Sowjetunion wirken sollte. Die Tatsache, dass diese einen islamischen Gottesstaat errichten wollten, interessiert hier nur am Rande.

2001 – World Trade Center und Afghanistan Krieg

Seit 1990 ist das Land nach einer sukzessiven Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols in unzählige Kleinreiche zerfallen. Lokale Warlords „regieren“ diese Territorien seit dem Zusammenbruch des Taliban - Regimes und die Regierung in Kabul übt de facto keine Herrschaft aus. Kriege zwischen diesen militanten Führern wurden bislang nur durch die Präsenz der International Security Assistance Force (ISAF) verhindert.

Professionelle, wie Gelegenheitskämpfer werden auf etwa 1 Million geschätzt, die wie Kriegsunternehmen funktionieren und deren Kapital ihre Waffen darstellen.

Verkauft wird „Sicherheit“ und die Hauptbeschäftigung besteht im der Einhebung von Steuern und Wegezoll von Durchreisenden.

Ausgerüstet und unterstützt werden diese lokalen Milizen durch Länder wie dem Iran, Pakistan, Russland und natürlich der USA.

Doch militärische Waffen, Fahrzeuge und Treibstoff sind teure Güter in Afghanistan und deshalb wird die Opiumproduktion ständig forciert und deckt bereits jetzt drei Viertel des globalen Marktes ab.

Vernetzte kriminelle Gewaltmärkte in Form des Schmuggels wie billiges Erdöl aus dem Iran oder Waffen aus den GUS- Staaten, Menschenhandel u. a. m. lassen den Warlords gewaltige Gewinne erwachsen.

Auf diesem Wege wurden bereits große Mengen an Kriegsmaterial, geliefert durch die Sowjetunion und den USA, abgezweigt und an zahlungskräftige Kunden weiter verschoben. So erhielt beispielsweise der Iran die amerikanische Stinger Luftabwehrrakete, die im Persischen Golf im ersten Irakkrieg eingesetzt wurde.

Insgesamt kann diese Kriegswirtschaft als Folge zusammengebrochener Wirtschaftsstrukturen des zivilen Sektors erkannt werden. Nutznießer sind aber nicht nur militärische und politische Eliten, sondern sogar Bauersöhne, die auf Schlachtfelder liegen gebliebene Waffen einsammeln oder durch Überfälle erbeuten und diese dann am Schwarzmarkt verkaufen.

Gewinne aus diesem Business fallen jedoch lediglich deren Akteuren zu, die Bevölkerung sieht einer ökonomischen Katastrophe entgegen.

Kleinwaffen – als Hauptursache für jährlich einer halben Million Toten weltweit, existieren als Restbestände des kalten Krieges in Afghanistan noch etwa zu einer geschätzten Zahl von 10 Millionen und bilden ein riesiges Potential für Gewaltökonomien.

Verantwortung tragen müssen dabei wohl Drittstaaten, die durch Lieferung von Rüstungsgütern solche Märkte erst schaffen, in denen ganze Völker unter Missachtung von Menschenrechten versinken.

Selbst UN – Resolutionen wie sie mehrfach erst 2000 erlassen wurden, wirken als Farce, wenn Staaten wie China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Russland und die USA in Taschkent im Juli 1999 eine Erklärung verabschiedet haben, den afghanischen Kriegsparteien keinerlei militärische Unterstützung zu leisten.

Ökonomische Interessen höhlen also nicht nur staatliche Souveränität aus, sondern machen auch vor grundlegenden humanitären Ansprüchen, wie den Menschenrechten keinen Halt, wenn die Interessen hegemonialer Staaten oder transnationaler Konzerne dahinter stehen.

LITERATURLISTE:

I. Hauchler, D. Messner, F. Nuscheler (Hrsg.): „Globale Trends 2002: Fakten – Analysen – Prognosen“; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, November 2001.

I. Kant: „Zum ewigen Frieden“; Reclam Verlag, Ditzingen; UB 1501

Internet:

ACDA: Arms Control and Disarmament Agency:

<http://www.state.gov/t/ac/>

BICC: Bonn International Center for Conversion:

www.bicc.de

Department of State

<http://www.state.gov/>

SIPRI: Stockholm International Peace Research Institute:

www.sipri.se

UNO:

<http://www.uno.de/frieden/index.cfm?ctg=kleinwaffen>

UNO-Waffenregister:

<http://disarmament.un.org/cab/register.html>

Quellen:

Verfassungsschutzbericht 2002, BMI

Schieß- und Sprengmittelgesetz 1935, idF1994

Waffengesetz 1996

Microsoft® Encarta® Enzyklopädie 2002.

Zeitschriften:

Internationale Politik Robert Kogler; Militärstrategie 2000 in: Context XXI; Nr. 2/2000

Winfried Wolf, zitiert nach Context XXI; Nr. 1/ 2000